

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft

21. Wahlperiode

Ergänzt um Beschlussvorschlag

der Senatskanzlei am Ende.

Beschlussprotokoll

11. Sitzung

16.04.2024

Nr. 21/74 S – 21/91 S

Nr. 21/74 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

Marode Bildungseinrichtungen – Sanierung und Ausbau von Schulen und Kitas vorantreiben!

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 29. Februar 2024

(Drucksache [21/134 S](#))

Nr. 21/75 S

Fragestunde

1. Geht der „Innenstadtspielweg“ der Wirtschaftssenatorin komplett an den Bedürfnissen von Kindern vorbei?
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Sandra Ahrens, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. März 2024
2. Hochwasser in Borgfeld
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Hartmut Bodeit, Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. März 2024
3. Verkehrsversuch „Schulstraße“: Wann kommt das Konzept?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. März 2024
4. Regelmäßige Evaluation des Kita-Sozialindex an unseren Kindertagesstätten
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 6. März 2024
5. Wie geht es weiter mit den Weserarkaden?
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 6. März 2024
6. Vorrangschaltung für Bus und Bahn
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 6. März 2024

7. Drohendes Aus des Maribondo-Supermarktes in Vegesack
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 6. März 2024
 8. Ausbildungen bei der BSAG
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 6. März 2024
 9. Unbewohnbarkeit des „Stubu“-Gebäudes – wie weiter?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 6. März 2024
 10. Gedenkort für Brechmittelopfer
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Piet Leidreiter und Fraktion Bündnis Deutschland vom 7. März 2024
 11. Public Viewing zur Fußball-Europameisterschaft
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 11. März 2024
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
12. Welchen Plan verfolgt der Senat bei der Feuerwache 3 in Osterholz?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024
 13. Bremer Kitas in Not: Elternvereine kämpfen mit Kündigungen
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 21. März 2024
 14. Stadtteilstadt Huchting
Anfrage der Abgeordneten Dariush Hassanpour, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 21. März 2024
 15. Wegfall von öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen für langzeitarbeitslose Menschen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Bettina Hornhues, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 9. April 2024

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/76 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Frank Imhoff und Fraktion der CDU:

"Wachsen, Stagnieren, Schrumpfen – Welchen Einfluss hat die Politik des Senats Bovenschulte auf die Bevölkerungsentwicklung in Bremen?"

und

2. auf Antrag des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP:

"Dringender Handlungsbedarf: Bremens Innenstadt leidet, während der Senat trödelt!"

Nr. 21/77 S

Antrag des Beirats Obervieland auf Befassung der Stadtbürgerschaft gemäß § 11 Absatz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 27. Februar 2024
(Drucksache [21/133 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 21/78 S

Antrag des Beirats Burglesum auf Befassung der Stadtbürgerschaft gemäß § 11 Absatz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/158 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 21/79 S

Antrag des Beirats Hemelingen auf Befassung der Stadtbürgerschaft gemäß § 11 Absatz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/159 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 21/80 S

Antrag des Beirats Horn-Lehe zur Beratung seitens der Stadtbürgerschaft gemäß § 11 Absatz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/160 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 21/81 S

Antrag des Beirats Huchting zur Beratung und Entscheidung seitens der Stadtbürgerschaft gemäß § 11 Absatz 3 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/161 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Entscheidung der städtischen Deputation für Soziales über die Mittelverwendung vom 8. Februar 2024 zu.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 21/82 S

Antrag des Beirats Osterholz zur Beratung seitens der Stadtbürgerschaft gemäß § 11 Absatz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/162 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 21/83 S

Antrag der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt zur Beratung seitens der Stadtbürgerschaft gemäß § 11 Absatz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/163 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 21/84 S

17. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen Bremen-Vegesack, Vegesacker Heerstraße 111 (Wohngebäude mit Einzelhandelsnutzung)

Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/149 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 17. Änderung des
Flächennutzungsplans Bremen.

Nr. 21/85 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 115 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Bebauung zwischen Bundesautobahn A 270, Vegesacker Heerstraße und östlich der Straße „Sandersfeld“ in Bremen-Vegesack

Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/150 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
115 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan).

Nr. 21/86 S

Anpassung der Aufwandsentschädigung der nicht der Bürgerschaft (Landtag) angehörenden Mitglieder der Stadtbürgerschaft

Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/157 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung der Präsidentin der
Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 21/87 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025; Finanzplanung 2023 bis 2027

Mitteilung des Senats vom 2. April 2024
(Drucksache [21/164 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze 2024 und 2025, die
Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2024 und 2025,
(Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der
maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und
kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen
Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie
Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächnisse) zur
Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und
Finanzausschuss (federführend), den städtischen Controllingausschuss,
den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung und an die städtischen

Deputationen für Kinder und Bildung, für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz, für Inneres, für Kultur, für Soziales, Jugend und Integration, für Umwelt, Klima und Landwirtschaft, für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung, für Wirtschaft und Häfen, für Arbeit und für Sport.

Die Stadtbürgerschaft überweist die Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2024 und 2025 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung.

Die Stadtbürgerschaft überweist den Finanzplan 2023 bis 2027 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 21/88 S

Petitionsbericht Nr. 8

Bericht und Antrag des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung vom 5. April 2024

(Drucksache [21/165 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/89 S

Ortsgesetz über die Aufhebung der Elternmitwirkungsordnung

Mitteilung des Senats vom 9. April 2024

(Drucksache [21/170 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 21/90 S

Vorkaufsortsgesetz „GESTRA“

Mitteilung des Senats vom 9. April 2024

(Drucksache [21/171 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 21/91 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Interessenkollision in der Krankenhauspolitik vermeiden – Vorsitz des Aufsichtsrates des Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) neu besetzen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 29. August 2023

(Drucksache [21/21 S](#))

2. Temporäre Sperrung des Sielwalls sofort wieder einführen und finanziell absichern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. September 2023
(Drucksache [21/28 S](#))
3. Welches strategische Ziel verfolgt der Senat mit der BREBAU und der GEWOBA?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. September 2023
(Drucksache [21/32 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2023
(Drucksache [21/58 S](#))
4. Stand der Umsetzung des Maßnahmenpaketes Bürgeramt 2023 – 2024 und Perspektiven im Bereich Bürgerservice und Digitalisierung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. September 2023
(Drucksache [21/36 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 28. November 2023
(Drucksache [21/78 S](#))
5. Gesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter: Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen erhöhen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Oktober 2023
(Drucksache [21/48 S](#))
6. ÖPNV statt Führerschein – Senioren den Tausch des eigenen Führerscheins gegen ein ÖPNV-Ticket endlich ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Oktober 2023
(Drucksache [21/49 S](#))
7. Erhalt der Frühchenstation im Klinikum Bremen-Nord
Petitionen S 19/445, S 19/446, S 19/436 und S 19/453
Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2023
(Drucksache [21/56 S](#))
8. BSAG am Limit - Wann wird der Senat Bovenschulte endlich einen verlässlichen ÖPNV in Bremen gewährleisten?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Oktober 2023
(Drucksache [21/51 S](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 21. November 2023
(Drucksache [21/74 S](#))

9. Für ein Bremen mit Wohlfühlfaktor: Gastronomie, Einzelhandel und Clubs stärken – Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt und den Stadtteilzentren verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/62 S](#))

10. Verkehrswende mit verbindlichen Zielen endlich angehen und umsetzen - Mobilitätsgesetz für Bremen erarbeiten und beschließen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. November 2023
(Drucksache [21/68 S](#))

11. Bremen hebt ab – Flugbereit für Wachstum und Effizienz durch Flexibilität

Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Dezember 2023
(Drucksache [21/87 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 12. Dezember 2023
(Drucksache [21/95 S](#))

12. Die Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Bremen eignen sich nicht für politische Spielchen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Dezember 2023
(Drucksache [21/91 S](#))

13. Flughafen der Zukunft – Modern, innovativ und nachhaltig

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 19. Februar 2024
(Drucksache [21/124 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. April 2024
(Drucksache [21/174 S](#))

14. Den Flughafen Bremen jetzt zukunftsfest aufstellen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. April 2024
(Drucksache [21/166 S](#))

15. Revitalisierung des Hillmannplatzes: Einladender Platz für Alle
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Dezember 2023
(Drucksache [21/88 S](#))

16. Verschleierungstaktik beenden – Senat Bovenschulte muss Fragen zu den Auswirkungen des Umzugs vom Klinikum Links der Weser zum Klinikum Bremen-Mitte endlich beantworten
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/64 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2023
(Drucksache [21/99 S](#))

17. Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“ ist den zahlenden Fahrgästen gegenüber unsozial – Welche Konsequenzen folgen für die BSAG, wenn das Erschleichen von Beförderungsleistungen straffrei gestellt wird?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. November 2023
(Drucksache [21/69 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2024
(Drucksache [21/101 S](#))

18. Quartiersanbindung verbessern – Quartiersbusse- und shuttle in das bestehende Busnetz integrieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2023
(Drucksache [21/82 S](#))

19. Gewerbeflächen für Luft- und Raumfahrt und zukunftsweisende Unternehmungen am Bremer Flughafen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 29. November 2023
(Drucksache [21/79 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024
(Drucksache [21/110 S](#))

20. „City of Literature“ leben und sichtbar machen – einen Messestand als Bremer Marktplatz der Literatur auf den beiden wichtigsten Buchmessen der Welt installieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2023
(Drucksache [21/92 S](#))

21. Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 12. Dezember 2023
(Drucksache [21/93 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024
(Drucksache [21/111 S](#))

22. Aktenfund im Sozialzentrum – Noch längst kein Ende nach dem
desaströsen Bericht der Innenrevision?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Dezember 2023
(Drucksache [21/96 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/116 S](#))

23. Mobilität aus einer Hand: Digitale und räumliche Integration von
multimodalen Verkehrsdienstleistungsangeboten, Mikro-Mobilitätshubs
schrittweise umsetzen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/118 S](#))
Dazu
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/142 S](#))

24. Wie weit ist der Senat mit seinem Plan, 10 000 zusätzliche
Wohnungen in dieser Legislatur zu schaffen?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 18. Januar 2024
(Drucksache [21/106 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2024
(Drucksache [21/132 S](#))

25. Bürokratiemonster Kita-Baugenehmigungsverfahren – Ist das
zeitintensive Genehmigungsverfahren für den Bau von Kitas vor dem
Hintergrund des aktuellen Kita-Platzmangels gerechtfertigt?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 18. Januar 2024
(Drucksache [21/107 S](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 5. März 2024
(Drucksache [21/136 S](#))

26. Umweltzone in Bremen abschaffen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Februar 2024
(Drucksache [21/129 S](#))

27. Zurück in die Zukunft: Rembertikreisel zurückbauen, ein attraktives Rembertiquartier neu entwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Februar 2024
(Drucksache [21/131 S](#))

28. Schwimmflächen in Bremen werden immer knapper – Geht der Senat Bovenschulte auch beim nächsten Thema baden?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/115 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/153 S](#))

29. Rechtswidrige Bauwagensiedlung am Waller Hagenweg

Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 12. Februar 2024
(Drucksache [21/121 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/151 S](#))

30. Keine rechtsfreien Räume in Bremen – Bauwagensiedlung in Walle auflösen!

Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 15. April 2024
(Drucksache [21/177 S](#))

31. Senat Bovenschulte muss den Rechtsstaat überall durchsetzen – Illegale Besetzung des Hagenwegs endlich beenden!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. April 2024
(Drucksache [21/178 S](#))

32. Senat Bovenschulte muss das Migrationsamt für die Zukunft schlagkräftig aufstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/143 S](#))

33. Sonntags an Bücher und Medien: Mit „Open Library“-Konzept
Stadtbibliotheken für mehr Bildung und Kultur zugänglich machen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. März 2024
(Drucksache [21/154 S](#))

Christine Schnittker
Vizepräsidentin

Beschlussvorschlag (für Senatssitzung am 23.04.2024):

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzung der Stadtbürgerschaft vom 16.04.2024 zur Kenntnis.

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

21. Wahlperiode

*Ergänzt um Beschlussvorschlag
der Senatskanzlei am Ende.*

Beschlussprotokoll

11. Sitzung

17.04.2024 und 18.04.2024

Nr. 21/186 – 21/206

Nr. 21/186

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Förderprogramme und Fördermittel
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. Februar 2024
(Drucksache [21/284](#))
2. Wie gestaltet Bremen seinen Beitrag zur Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2030?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2024
(Drucksache [21/295](#))
3. Gesundheitsvorsorge bei Kindern: Wie steht es um die Teilnahme an U-Untersuchungen im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2024
(Drucksache [21/296](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. April 2024
(Drucksache [21/397](#))

Nr. 21/187

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU:
„Steigende Kriminalität in Bremen – Ursachen – Auswirkungen – Auswege“
2. auf Antrag der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland:
„Mehr Geld aber keine Ergebnisse: Bremens Bildungspolitik bricht zusammen!“
3. auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck und Fraktion der FDP:
„Umschlagereinbruch im Hafen – Wie widerstandsfähig sind Bremens Häfen?“

4. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die vatikanische Grundsatz-Erklärung ‚Dignitas Infinita‘ verletzt die Menschenwürde – auch Abtreibungen, Leihmutterchaften und Geschlechtsanpassungen verdienen Respekt“

Nr. 21/188

Nationale Hafenstrategie in gemeinsamer Verantwortung umsetzen: Bund-Länder-Stab einsetzen, Finanzierung absichern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der CDU

vom 16. April 2024

(Drucksache [21/395](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 20. März 2024 zur Nationalen Hafenstrategie, deren strategische Zielsetzungen und Maßnahmen sowie das Bekenntnis des Bundes zur gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der deutschen See- und Binnenhäfen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die deutschen Seehäfen systemrelevant sind und der Bund eine Beteiligung an der Finanzierung der Maßnahmen der Nationalen Hafenstrategie absichern muss.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Bundesebene auf die zügige Einsetzung eines Bund-Länder-Stabs hinzuwirken, in dessen Rahmen Finanzierungsfragen sowie Möglichkeiten zur Planungsbeschleunigung und einer vertieften Hafenkooperation diskutiert und konkrete Lösungen erarbeitet werden,
2. sich auf Bundesebene für die Erstellung eines Konzepts zur Finanzierung der Maßnahmen der Nationalen Hafenstrategie einzusetzen, das mit dem Bundeshaushalt 2025 wirksam wird,
3. zeitnah Planungs- und Antragsreife für bremische Hafeninfrastrukturprojekte von nationaler Bedeutung herzustellen und sich beim Bund für eine angemessene Kofinanzierung einzusetzen,
4. dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen im dritten Quartal 2024 zum aktuellen Sachstand zu berichten.

Nr. 21/189

Bürger:innen entlasten: Ein neuer digitaler Bürger:innenservice für Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 27. November 2023

(Drucksache [21/183](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 16. Januar 2024

(Drucksache [21/238](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein neues Service-Portal (Plattform als „Single Point of Contact“) zu schaffen, auf dem in Zukunft das gesamte Leistungsportfolio der digitalen Verwaltungsdienstleistungen übersichtlich, barrierefrei und mehrsprachig für die Menschen und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven nutzer:innenfreundlich und aus einem Guss zur Verfügung gestellt wird;
2. bei der hierfür notwendigen Überarbeitung der Software-Ergonomie sicherzustellen, dass die Navigation für Bürger:innen noch einfacher und intuitiver gestaltet wird, indem unter anderem alle digitalen Leistungen und Online-Anträge einheitlich strukturiert nach Lebenslagen in wenigen Klicks erreichbar sind und weiter online bearbeitet werden können, möglichst nach dem Once-Only-Prinzip, also dergestalt, dass staatliche Stellen Daten und Nachweise, welche bereits vorliegen, einfach und sicher austauschen können, damit Bürger:innen die erforderlichen Informationen nur noch einmalig übermitteln müssen;
3. für die vollständige Digitalisierung besonders wichtiger Dienstleistungen und Antragsverfahren ein Fast-Track-Programm aufzulegen und anhand verbindlicher Teilprojekte und konkreter Meilensteine Ressorts übergreifend besonders zu steuern mit dem Ziel, schnell zu deutlichen Verfahrensvereinfachungen zu kommen sowie sichtbare Veränderungen und Verbesserungen für die Menschen zügig spür- und messbar zu machen; zu den besonders wichtigen Dienstleistungen zählen: Ausweis- und Meldeangelegenheiten, Baugenehmigungs- und Wohngeldantragsverfahren sowie Kinder- und Familiendienstleistungen;
4. für ein zentrales Bürger:innenkonto für alle Online-Anträge sowie für ein sicheres und praktikables Anmeldeverfahren zu sorgen und hierfür die Nutzung der eID-Funktion des neuen Personalausweises, der BundID und der elektronischen Identifikation über Online-Bankkonten sicherzustellen. Damit alle Bürger:innen noch einfacher nicht nur Leistungen aus Bremen und Bremerhaven, sondern insbesondere auch von Bundesbehörden in Anspruch nehmen können, ist das Bremer Bürger:innenkonto (Servicekonto) in das neue gemeinsame, bundesweit einheitliche BundID-Konto (Nutzerkonto des Bundes) zu überführen;
5. eine Möglichkeit für die Menschen in Bremen und Bremerhaven zu schaffen, den Fortgang ihrer Anfragen und Verwaltungsangelegenheiten online zu verfolgen, um damit einerseits sowohl die Anzahl als auch den Aufwand von Rückfragen zum Bearbeitungsstand zu reduzieren sowie andererseits Verwaltungshandeln für die Bürger:innen noch transparenter zu machen;

6. ein Konzept vorzulegen für ein digitales Bürgeramt als innovatives, neues Angebot; das digitale Bürger:innenamt soll dabei helfen, Behördengänge zu ersparen und das Serviceangebot ergänzen, indem unter anderem alle online verfügbaren Dienstleistungen für Bürger:innen, ein ergänzender digitaler Austausch sowie die Erläuterung von Anträgen zum Beispiel mit Hilfe eines neuen, virtuellen Beratungsservice dort angeboten werden; hierbei sind geeignete Lösungen aus anderen Bundesländern und Kommunen wie zum Beispiel das, in Zusammenarbeit mit SAP entwickelte, virtuelle Bürger:innenamt der Stadt Heidelberg und andere Projekte, die ihre Wirksamkeit in der praktischen Anwendung bereits unter Beweis stellen konnten, hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit und mit Blick auf geeignete Implementierungsstrategien für Bremen und Bremerhaven darzustellen;
7. für die Umsetzung der Punkte 1 bis 6 nach Möglichkeit Open-Source-Lösungen zu nutzen oder zu entwickeln und auf die Nutzung von Open-Source-Software im Austausch mit anderen Landes- und Bundesbehörden hinzuwirken;
8. vorhandene Prozesse im Sinne der Produktivität zur Reduzierung von Vor-Ort-Terminen zu optimieren;
9. auch weiterhin nicht digitale Zugangswege zu öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, die aus unterschiedlichen Gründen digitale Angebote nicht wahrnehmen können;
10. dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung und im Anschluss fortlaufend regelmäßig zu berichten.

Nr. 21/190

Endometriose: Was tut der Senat zur Verbesserung der Versorgungssituation?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Dezember 2023
(Drucksache [21/218](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024

(Drucksache [21/252](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/191

Endometriose: Öffentliche und fachliche Wahrnehmung verbessern

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. März 2024
(Drucksache [21/321](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/192

Medizin und gesundheitliche Vorsorge verbessern – Forschungsdefizite zu Frauen und weiblichen Körpern aufholen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. April 2024

(Drucksache [21/403](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für die Verstärkung und Ausweitung von Bundessubventionen für Forschungsprojekte und insbesondere interdisziplinäre Verbände zur Erforschung von Pathomechanismen der Endometriose einzusetzen;
2. sich für ein bundesweites Programm zur Aufklärung über Menstruationsbeschwerden und Endometriose einzusetzen und sich an diesem zu beteiligen;
3. eine Auflistung zu erstellen, inwiefern bereits geschlechter- und gendersensible Forschung im Gesundheitswesen an Universitäten und Hochschulen im Land Bremen gefördert wird und zu prüfen welche weiteren Fördermöglichkeiten darüber hinaus etabliert werden können, um Forschung rund um Frauen-gesundheit zu fördern;
4. in Forschungsförderprogrammen gezielt Grundlagenforschung zur Möglichkeit der Repräsentation von allen Geschlechtern in Daten und datengetriebenen Anwendungen zu fördern;
5. die bei den Behörden in seinem Zuständigkeitsbereich bestehenden Datensätze zu Gesundheit auf einen geschlechts- und genderspezifischen Bias hin zu prüfen und diesen durch die Erhebung zusätzlicher Daten zu korrigieren, wenn dies möglich ist;
6. zu prüfen, inwieweit das Thema geschlechts- und gendersensible Gesundheit und insbesondere Endometriose auch Gegenstand von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte sein kann;
7. gemeinsam mit der Ärztekammer Bremen zu prüfen, inwieweit das Thema Endometriose – entsprechend dem aktuellen Stand der Forschung – in Fort- und Weiterbildung für Ärzt:innen sowie weiteres medizinisches Fachpersonal angeboten wird und dieses Angebot gegebenenfalls (weiter) zu entwickeln;
8. zu prüfen, inwieweit geschlechtersensible Medizin und gesundheitliche Vorsorge in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung für Ärzt:innen und für weiteres Fachpersonal im Gesundheitswesen beinhaltet sind, und sich gegebenenfalls dafür einzusetzen, dass diese künftig berücksichtigt werden;
9. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über die Umsetzung zu berichten.

Nr. 21/193

Mehr Partizipation von Seniorenvertretungen wagen! Seniorenmitwirkungsgesetz Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2024
(Drucksache [21/237](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 21/194

Gemeinsam stark für Selbstbestimmung und Teilhabe im Alter: Weiterentwicklung und Stärkung der Mitwirkung der Senior:innen am gesellschaftlichen Leben im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 16. April 2024
(Drucksache [21/393](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die Landessenorenvertretung als politische Partnerin in der Interessensvertretung für alle älteren Menschen im Land Bremen an und spricht sich dafür aus, die Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Senior:innen im Land Bremen zu stärken.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gemeinsam mit der Seniorenvertretung im Land Bremen, Maßnahmen zu entwickeln, die die Stärkung der Seniorenvertretung in ihrer Rolle als beratende Akteurin gegenüber Politik und Verwaltung verfolgen, und dabei insbesondere folgende Punkte in den Blick zu nehmen:
 - a) Gründung einer mindestens zweimal pro Legislaturperiode tagenden Landessenior:innenkonferenz bestehend aus der Landessenorenvertretung, den für Senior:innen- und Pflegepolitik zuständigen Senatsmitgliedern, Mitgliedern des Bremerhavener Magistrats und den senior:innenpolitischen Sprecher:innen der Bürgerschaftsfraktionen zum Zweck der gemeinsamen Beratung von senior:innenpolitischen Anliegen und Vorhaben sowie deren Umsetzung;
 - b) Prüfung von Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit und Verbesserung der Vernetzung zwischen den Ortsämtern und der bremischen Seniorenvertretung, um die bessere Berücksichtigung von senior:innenspezifischen Themen auf der Beiratsebene zu gewährleisten;
 - c) Stärkung der repräsentativen Zusammensetzung der Landessenorenvertretung und des Vorstands der bremischen Seniorenvertretungen hinsichtlich gelebter Vielfalt im Alter, insbesondere mit Blick auf Geschlechter und Migrationsgeschichte durch eine Weiterentwicklung der Statuten;

- d) Maßnahmen zur Stärkung der Sichtbarkeit der bremischen Seniorenvertretung bei der älteren Bevölkerung und der öffentlichen Kommunikation ihrer Angebote und Tätigkeiten;
 - e) Prüfung einer gesetzlichen Festschreibung von Mitwirkungsrechten in Anlehnung an die Stadtstaaten Hamburg und Berlin.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration sechs Monate nach Beschlussfassung einen Bericht über die Ausgestaltung der Landessenior:innenkonferenz und die Entwicklung von Maßnahmen hinsichtlich des zweiten Beschlusspunkts vorzulegen.

Nr. 21/195

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025; Finanzplanung 2023 bis 2027

Mitteilung des Senats vom 2. April 2024
(Drucksache [21/360](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschl. der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung, den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau und den staatlichen Controllingausschuss sowie an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung, die staatliche Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz, die staatliche Deputation für Inneres, die staatliche Deputation für Kultur, die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration, die staatliche Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft, die staatliche Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung, die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen, die staatliche Deputation für Arbeit und die staatliche Deputation für Sport.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Finanzplan 2023 bis 2027 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 21/196

Haushaltsdisziplin auch in schwierigen Zeiten – ein Bekenntnis zur soliden Haushalts- und Finanzpolitik

Antrag der Fraktion der FDP

vom 9. April 2024

(Drucksache [21/367](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/197

Fragestunde

1. Gesundheitliche Risiken durch Hot-Chips-Mutproben

Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. März 2024

2. Zweihundertjahrfeier in Bremerhaven ohne Bahnverbindung?

Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

3. Welches Selbstverständnis hat der „Willkommensservice“ der WFB für ausländische Fachkräfte?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Theresa Gröninger, Rainer Bensch, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

4. „Zeigen Sie nicht, was Sie haben“ – Findet der Senat die Polizeikampagne angebracht?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

5. Ist das Bremische Polizeigesetz verfassungswidrig?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

6. Testfeld für die autonome Binnenschifffahrt

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Das Mercosur-Freihandelsabkommen - Jüngst erklärt die französische Regierung die EU-Verhandlungen zum Mercosur-Freihandelsabkommen als gescheitert

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

8. Weiterentwicklung und Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie

Anfrage der Abgeordneten Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2024

9. Internationaler Studiengang Pflege
Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Arno Gottschalk, Ute Reimers Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2024
10. Auswirkungen der konjunkturellen Eintrübung auf den Arbeitsmarkt in den Ingenieur- und Informatikerberufen in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024
11. Wie demenzsensibel ist die Krankenhausversorgung im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024
12. Wertstoffe nach Feuerbestattungen
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 7. März 2024
13. Steuerprüfungen bei Millionär:innen
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 7. März 2024
14. Kulturpass – wird dieser in Bremen und Bremerhaven genutzt?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2024
15. Untätigkeitsklagen gegen die verschiedenen Fachbereiche und Ämter des Sozialressorts in Land und Kommune
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. März 2024
16. Öffentliche Schutzräume im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 12. März 2024
17. Bearbeitungsdauer von Akteneinsichtersuchen bei der Bremer Polizei
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024
18. Unterstützung des Geothermie-Ausbaus in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024
19. „Verständlichkeit und Leichte Sprache“ in § 11 des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG)

- Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024
20. Entwicklung von Umschlag und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 13. März 2024
21. Mehrausgaben für Beamte wegen Bürgergeldhöhung
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 13. März 2024
22. „Digitaler Gewerbesteuerbescheid“ im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Jens Eckhoff, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 19. März 2024
23. Warum kann die Mobilitätssenatorin die einfachsten Fragen zum Deutschlandticket nicht beantworten?
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 26. März 2024
24. Zeigt Bremen zur Fußball-EM Flagge?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 2. April 2024
25. Keine Doppelbesetzung für unsere Grundschulen?
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 2. April 2024
26. Berufsbezogene Sprachkurse ein Flop – auch in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 3. April 2024
27. Vorhaltung von Kapazitäten für den Bevölkerungsschutz bei den Verkehrsbetrieben in Bremen und Bremerhaven ab 2045?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 3. April 2024
28. Rechtsextremismusverdacht gegen Beamt:innen: Disziplinarverfahren in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 8. April 2024

29. Überfall durch einen Algerier

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis
Deutschland vom 8. April 2024

30. Herausforderungen und Ressourcenbelastung durch die Bearbeitung
eines zweitens Asylverfahren in Bremen nach Ablehnung von Dublin-
Überstellungen durch verschiedene EU-Staaten oder Ablauf von
Fristen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion
der CDU vom 9. April 2024

31. Einsatz von Poolärzten im ärztlichen Bereitschaftsdienst der
Kassenärztlichen Vereinigung

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion
der FDP vom 9. April 2024

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung
der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/198

Transformation braucht Mitbestimmung – Betriebsverfassungsgesetz reformieren

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. März 2024
(Drucksache [21/323](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich zeitnah im
Bundesrat und möglichst gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür
einzusetzen, dass

1. das Betriebsverfassungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode
reformiert wird;
2. dabei der Vorschlag des DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften
einbezogen wird (Betriebliche Mitbestimmung für das 21. Jahrhundert.
Gesetzesentwurf für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz: 2022),
wobei insbesondere folgende Forderungen Beachtung finden sollen:
 - a) ein umfassender Kündigungsschutz im Prozess der
Betriebsratsgründung,
 - b) die Einstufung einer Behinderung der demokratischen
Mitbestimmung als Officialdelikt,
 - c) weitere Anpassungen an die Digitalisierung der Arbeitswelt durch
ein generelles Recht auf Hinzuziehung von externen
Sachverständigen, ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften
in die Betriebe und Nutzungsmöglichkeiten betrieblicher
Kommunikationswege sowie der technischen Ausstattung des
Arbeitsgebers, Mitbestimmung auch bei der Einführung von
mobiler Arbeit und Verbesserungen beim Datenschutz der
Beschäftigten,

- d) die Bildung von Umwelt- und Gleichstellungsausschüssen,
 - e) ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht bei allen Fragen der quantitativen und qualitativen Personalplanung und Personalbemessung,
 - f) ein generelles Initiativ- und Mitbestimmungsrecht mit zwingendem Einigungserfordernis bei Fragen der Weiterbildung,
 - g) eine erweiterte Mitbestimmung beim Thema Künstliche Intelligenz: von der Planung über Rahmenfestlegungen bis zu einzelnen Maßnahmen,
 - h) Erweiterung des Geltungsbereiches der Mitbestimmung um arbeitnehmerähnliche Personen und Dienst- und Werkverträge;
3. die Beteiligung von Betriebsratsmitgliedern verschiedener Branchen hierbei gewährleistet wird.

Nr. 21/199

Betriebliche Mitbestimmung im digitalen Zeitalter erfordert Reformen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. April 2024
(Drucksache [21/394](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/200

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Leitung der Landesantidiskriminierungsstelle

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 26. März 2024
(Drucksache [21/351](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/201

Wahl eines Schriftführers für den Vorstand

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Wahl des Abgeordneten Holger Fricke (Bündnis Deutschland) ab.

Nr. 21/202

Anpassung von Entschädigungsleistungen

Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/358](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 21/203

Petitionsbericht Nr. 8

Bericht und Antrag
des staatlichen Petitionsausschusses
vom 5. April 2024
(Drucksache [21/366](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/204

Wahl eines Mitgliedes des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle der Abgeordneten Antje Grotheer die Abgeordnete Sülmez **Çolak** zum Mitglied des Richterwahlausschusses.

Nr. 21/205

Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes in der Freien Hansestadt Bremen (BremWindBGUG)

Mitteilung des Senats vom 9. April 2024
(Drucksache [21/373](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 21/206

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. 14 026 unerledigte Strafverfahren bei der Bremer Staatsanwaltschaft –
der Senat muss jetzt gegensteuern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/124](#))
2. Einführung des Klimachecks für Senatsvorlagen
Mitteilung des Senats vom 17. November 2023
(Drucksache [21/174](#))
3. Unwissenheit oder tatsächliche zeitliche Probleme bei der
Informationsbeschaffung? Nachfragen zur Clankriminalität
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/128](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. April 2024

- (Neufassung der Drucksache [21/246](#) vom 17. Januar 2024)
(Drucksache [21/377](#))
4. Mangelnde Förderung und Unterstützung des Senats Bovenschulte für den Fotovoltaik-Ausbau – verschläft Rot-Grün-Rot die Solarwende?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/129](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2023
(Drucksache [21/222](#))
 5. Berücksichtigung besonderer Schutzbedarfe bei der Unterbringung und Umverteilung aus Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. November 2023
(Drucksache [21/151](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2024
(Drucksache [21/288](#))
 6. Strafvollzug in Bremen: Wie steht es um die Bremer Justizvollzugsanstalten?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. November 2023
(Drucksache [21/152](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2024
(Drucksache [21/229](#))
 7. Wissenschaftliche Kooperationen mit China auch im Land Bremen auf den Prüfstand stellen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. November 2023
(Drucksache [21/160](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024
(Drucksache [21/249](#))
 8. Innovationsstrategie Bremen 2030 – Innovationen in Bremen: Strategien, Evaluation und Anpassungen für Fortschritt
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Dezember 2023
(Drucksache [21/200](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2024
(Drucksache [21/241](#))
 9. Umfrage zur Arbeitszufriedenheit durchführen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Dezember 2023
(Drucksache [21/205](#))
 10. Stand der Ausbildungssituation von Pflegekräften im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die

Grünen
vom 18. Dezember 2023
(Drucksache [21/220](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 5. März 2024
(Drucksache [21/311](#))

11. Lehrkräftearbeitszeit im Land Bremen – Sachstand und Ausblick
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 2023
(Drucksache [21/227](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2024
(Drucksache [21/289](#))
12. Stärkung eines zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatzes Schule für unsere Lehrkräfte
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/267](#))
13. Nationale Ziele mit dem Energy Port realisieren: Vorrang für den Ausbau von Hafeninfrastuktur für die Energiewende schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/275](#))
14. Transformation finanzieren: Zentrale Koordinierungsstelle für Bundes- und EU-Förderprogramme schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/278](#))
15. 5. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
vom 24. März 2023
(Drucksache [20/1835](#))
16. Stellungnahme des Senats zum 5. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2023
(Drucksache [21/3](#))
17. 5. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung
vom 8. Februar 2024
(Drucksache [21/280](#))

18. 17. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 24. März 2023
(Drucksache [20/1836](#))
19. Stellungnahme des Senats zum 17. Jahresbericht der
Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2023
(Drucksache [21/4](#))
20. 17. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und
Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz,
Informationsfreiheit und Digitalisierung
vom 8. Februar 2024
(Drucksache [21/281](#))
21. Wie ernst nimmt der Senat den nicht gewaltorientierten
Linksextremismus im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Januar 2024
(Drucksache [21/257](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/345](#))
22. Keine Steuergelder für menschenverachtende und
demokratiegefährdende Aktivitäten – „Extremismusklausel“ für
Zuwendungsempfänger einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2024
(Drucksache [21/286](#))
23. Make it in Bremen! Mit dem Welcome Center in die berufliche Zukunft
starten
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE
vom 6. März 2024
(Drucksache [21/315](#))
24. Einsamkeit (K)ein Problem in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/268](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/346](#))

25. Klassenstärken an allgemeinbildenden Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/269](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. April 2024
(Drucksache [21/354](#))
26. Lehrer in Bremen – ein Teilzeitjob?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/276](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. April 2024
(Drucksache [21/355](#))
27. Umsetzung des Sozialraumprinzips im BTHG: Wie ist es um ein selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben für Menschen mit Behinderung im Land Bremen bestellt?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Februar 2024
(Drucksache [21/304](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. April 2024
(Drucksache [21/378](#))
28. Polizeiarbeit der Zukunft – mit KI und Köpfchen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. März 2024
(Drucksache [21/320](#))
29. Wir bitten zu Tisch! – Weniger Isolation durch mehr Angebote für ältere Menschen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/327](#))
30. Kostenübernahme von körpermodifizierenden Maßnahmen für trans* Menschen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/330](#))
31. „Polizei 4.0“ – mehr Sicherheit durch digitale Ausstattung im Einsatzdienst
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 5. April 2024
(Drucksache [21/363](#))

Beschlussvorschlag (für Senatssitzung am 23.04.2024):

- 1. Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) vom 17.04. bis 18.04.2024 zur Kenntnis.*
- 2. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/188 an die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation zur weiteren Veranlassung.*
- 3. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/189 an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.*
- 4. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/192 an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.*
- 5. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/194 an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zur weiteren Veranlassung.*
- 6. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/198 an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zur weiteren Veranlassung.*